

„erfasst, verfolgt, vernichtet“

Im Mai 2019 war die überregionale Ausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ in der Ulmer Volkshochschule zu sehen. Die Interessengemeinschaft Mittendrin Ulm (ig mittendrin) hatte sie anlässlich des „Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ nach Ulm geholt.

Franz Schweitzer

Kranke und behinderte Menschen gehören zu den Verfolgten des Nationalsozialismus. Sie galten als Belastung für die deutsche „Volksgemeinschaft“. Die Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Morde geschahen inmitten der deutschen Gesellschaft, verantwortet von Ärzten, Juristen, Pflegekräften und Verwaltungsfachleuten.

Wir wissen heute: Das Denken ging den Taten voraus. Die Unterteilung von Menschen in „lebenswert“ und „lebensunwert“ führte zuerst dazu, dass ihnen das Recht auf Fortpflanzung und körperliche Unversehrtheit aberkannt und so Zwangssterilisationen möglich wurden. Der nächste Schritt war die Aberkennung des Rechts auf Leben. So wurde die tausendfache Vernichtung von Menschen, die als „nicht lebenswert“ etikettiert wurden, zur erschreckenden Wirklichkeit. Die Zwangssterilisierung und Ermordung behinderter Menschen im Nationalsozialismus hat eine lange Vorgeschichte, die weit vor 1933 begann und deren Denkweisen nach 1945 nicht einfach verschwanden – sondern bis heute wirken.



Eröffnung der Ausstellung in der vh Ulm, 29.04.2019. Foto: A-DZOK

Am 5. Mai 1992 initiierte der Verein „Selbstbestimmt Leben“, eine Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen, den ersten „Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behin-

ZUM AUTOR

Franz Schweitzer arbeitet als Heilpädagoge in der Behinderteneinrichtung Tannenhof Ulm. Dorthin zogen 1974 nach der Schließung der damaligen Landesfürsorgeanstalt Oberer Riedhof die letzten verbliebenen Bewohner*innen. Vom Oberen Riedhof wurden im Nationalsozialismus – soweit bekannt – 30 Menschen zwangsweise unfruchtbar gemacht und 58 Menschen in Grafeneck ermordet.

derungen“. 2005 haben sich in Ulm Betroffene, soziale Organisationen und Selbsthilfegruppen zur „ig mittendrin ulm“ zusammengeschlossen und den Protesttag erstmals in lokalen Aktionen mit Leben gefüllt. Gleichberechtigung und Teilhabe dürfen sich nicht nur auf Gesetze beschränken, sondern müssen „mittendrin“ in den Kommunen und Betrieben gelebte Wirklichkeit werden. Das betrifft die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr genauso wie die Diskriminierung im Arbeitsleben oder am Wohnungsmarkt – und zielt letztlich auf die „Schranken im Kopf“ in unserer Haltung gegenüber Menschen mit Behinderungen.

Ein Rückblick: In den 1970er Jahren machte das „Independent Living Movement“ in den USA auf die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen aufmerksam. Es verstand sich von Anfang an als Teil der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. In dieser Tradition entstand in Deutschland 1974 die „Krüppelbewegung“, die mit provokanten öffentlichen Aktionen gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen protestierte. Legendar wurde die Aktion des Mitbegründers Franz Christoph, der am 18. Juni 1981 mit seiner Gehhilfe dem damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens bei einer öffentlichen Veranstaltung vor die Beine schlug. Udo Sierck, ein Mitbegründer, kommentierte diese Aktion so: „Der Hieb zielte auf die verlogenen Gönner, die von Integration und Miteinander redeten, die offene und versteckte Diskriminierung behinderter Personen aber nicht wahrhaben wollten.“

Damals wie heute ist ein zentrales Anliegen, dass Behinderung nicht ausschließlich aus medizinischer und individueller Sicht definiert, sondern als gesellschaftliche Aufgabe

begriffen wird. Die aktuellen Diskussionen über Pränataldiagnostik oder die ökonomischen Kosten der Hilfen für behinderte Menschen zeigen: Auch heute sind wir nach wie vor weit davon entfernt, Behinderung als „normal“ und Menschen mit Behinderung als selbstverständlich und dazugehörig zu akzeptieren. Die Kluft zwischen dem im Grundgesetz verankerten Anspruch auf Gleichberechtigung und der tatsächlichen Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen ist immer noch groß. Menschliche Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe aber gehören zu einer demokratischen und sozialen Gesellschaft.

Wenn wir heute über unseren Umgang mit Behinderung und Krankheit, über Exklusion und Inklusion nachdenken wollen, ist eine klare Erinnerung an den geschichtlichen Umgang mit Behinderung unabdingbar. Deshalb unterstützt die „ig mittendrin“ die Errichtung eines öffentlichen Erinnerungszeichens für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden. An sie zu erinnern, ist eine Aufgabe, die in die Zukunft weist.



Menschen mit Behinderungen

Interessengemeinschaft Mittendrin

ZUR AUSSTELLUNG

Die weltweit gezeigte Wanderausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ wurde von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) zusammen mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Stiftung Topographie des Terrors konzipiert. Die Ausstellungsinhalte sind auch im Internet zu sehen:

www.dgppn.de/ausstellung

Der zweisprachige (deutsch/englisch) Ausstellungskatalog (ISBN 978-3-642-54027-1) kostet 19,99 €. Eine Broschüre in leichter Sprache (ISBN 978-3-9816453-0-9, € 5) ist erhältlich über sekretariat@dgppn.de bzw. als Download:

<https://www.dgppn.de/schwerpunkte/psychiatrie-im-nationalsozialismus/wanderausstellung.html>